



Schweizerisches

Sozialarchiv

Sachdokumentation

Signatur: KS 335/41c-15_3

www.sachdokumentation.ch

Nutzungsbestimmungen

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41c-15_3

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014

33541c-153

AUTO NOME REPUBLIK BUNKER

Sitzredaktor für diese Ausgabe: Peter W. Früh

ZUM 1. MAI —
REVOLUTIONÄRE LEHRUNGS-
ORGANISATION —
HIT-FAIR — UMWELTSCHUTZ
KAMPF IN GENÈVE UND LAUSANNE —
KOMUNE UTTIKON — VENEZIGSTRASSE
HIETERKAMPF AN DER BREMGARTENSTRASSE
— UNSERE GEFANGENEN

Redaktion und Druck: ARB-Komitee

1 FR. und mehr



REPUBLIKANER, GENOSSEN SCHREIBT SELBER EURE BEITRÄGE FÜR DIE BUNKERZEITUNG
GERADE IN DER RICHTIGEN SPALTENBREITE 12CM SOFORT AN DAS KOMITEE
AUTONOMES JUGENDZENTRUM POSTFACH 939, 8021 ZÜRICH



Auszug aus der Hausordnung

Korrespondenz
In der Regel dürfen einen Brief schreiben:
Untersuchungsgefängnisse: gemäss Vereinbarung mit dem Untersuchungsbeamten zu Gefängnis verurteilte: nach 14 Tagen monatlich zwei zu Haft verurteilte: jede Woche

Lesestoff
Die Gefängnisse dürfen Zeitungen, Zeitschriften und andere Drucksachen, Bücher usw. nicht ins Gefängnis mitbringen und nicht nachlesen lassen.

Besuche
In der Regel dürfen unter Aufsicht Besuche empfangen:
Untersuchungsgefängnisse: jede Woche einen, doch bedarf es für jeden Besucher einer schriftlichen Bewilligung des Untersuchungsbeamten zu Gefängnis verurteilte: nach 14 Tagen monatlich zwei zu Haft verurteilte: jede Woche einen

Besuchzeit
Montag bis Freitag 8-11 und 14-17 Uhr
Besuchsdauer: 10 Minuten

Gaben
Besucher dürfen Gefängnisse nicht direkt übergeben und nichts direkt von ihnen in Empfang nehmen.
Die Gefängnisse dürfen in 14 Tagen insgesamt nicht mehr als 2 kg Obst und 1 Pfund Käse oder Dauerwurst 200g Schokolade, sowie in beschränktem Masse auch Rauchwaren erhalten.
Metz oder andere Gaben werden nicht angenommen und dürfen auch nicht per Post zugeschickt werden.
Im Auftrag des Gefängnisses oder Dritter vom Gefängnisverwalter für den Gefängnisse beschafft werden.

SCHREIBT UNSEREN GEFANGENEN!

Quasi auch an die ARB und sie sollen sich einsetzen - gegen nicht anerkannten lassen, denn die Probleme bleiben und der Kampf muss weitergehen, auch wenn es Verluste geben wird. Die Kämpfer nicht für was und deswegen muss der Sieg erfochten sein, um diejenigen hüllen, die den Stempel der Unangenehmkeiten auf der Brust tragen!

Gestern während dem "kollektiven" Spaziergang, wurden wir 3 mal in der Woche das Recht haben, als wir unten im Hof...
Ich grünte in mich hinein, doch als ich wieder "Revolution" sah, konnte ich mich nicht mehr beherrschen und schrie zuwider: "Ja, hier ist Commander, hier ist Commander", und plüß darauf in voller Lautstärke die Internationale, bis der Aufseher mich drohend anstarrte auf mich zukehrte. Da im Besonderen sprechbar besetzt, hat man mir für eine Woche das sogenannte Spaziergelenk untersagt. Eine Viertelstunde später, zurück in der Zelle, ließ ich zum Türhüter hinaus, bekam aber keine Antwort. Naturgemäß haben sie ihn in eine Anstaltszelle gesperrt. Dabei ist ihm leider doch einwacht. Ohade!

-vor dem amerikanischen Konsulat gegen den US-Imperialismus, mächtigster und allherrschender Garant der kapitalistischen Interessen und deshalb Hauptfeind Nr.1 ALLER unterdrückten Massen und Völker. SCHWEIZER STAAT UND POLIZISTEN SCHUETZEN DIE FASCHISTEN

Wir kennen das langsam zur Genüge: wenn wir erkennen müssen, dass wir durch Wahlbestimmungen, Referenden, Volksinitiativen, Anfragen, offene Briefe, Diskussionen, kurz, den ganzen Pseudodemokratischen Kram, sowieso nicht zu unseren Rechten kommen und wir unseren PROTEST UND WIDERSTAND OFFEN UND DIREKT AUSTRAGEN MUESSEN? DANN LAESTAUCH DAS SCHWEIZER REGIME SEINE PSEUDDOKRATISCHE MASKE FALLEN. So geschah es auch am 1.Mai: Es schützte durch seine Polizeihampelmänner daspanische Konsulat, das Francos Faschistenregime vertritt und hält das Militär in Bereitschaft, um den Feind niederzuschlagen" wie dies schon oft vorkam. Und am 1.Mai wehrten wir uns dagegen, wie wir uns auch weiterhin wehren werden!

WIR HUNGERN NICHT NACH GEWALT, WIR WOLLEN KEINE GEWALT. GEWALT IST WIDERLICH, WAFFEN SIND WIDERLICH. ABER WIR MEINEN, DASS ES ZWEIFELREI ARTEN DER GEWALT GIBT: DIE GEWALT DIE DIE FASCHISTISCHE AGGRESSION DER MACHTHABER AN UNS UEBT-UND DIE SELBSTVERTEIDIGUNG, DAS HEISST, EINE FORM DER GEWALT, DURCH DIE WIR UNS GEGEN DIE UEBER UNS VERHAENGTE UNGERECHTE GEWALT WEHREN.

Diese Worte von Bobby Seale, Vorsitzender der Black Panther Partei, zur Zeit politischer Häftling, sind auch unsere Worte. Und wer noch immer nicht weiss, welche Art Gewalt die Schweizer Machthaber gegen uns ausüben, kann in der 1. Ausgabe der Bunkerzeitung nachlesen: UNTERDRUECKUNG VUN TAG ZU TAG.

BRIEFE

1. MAI: VOM FEIERTAG DES BUERGERTUMS ZUM KAMPFTAG DER UNTERDRUECKTEN MANNEN

1884 wurde dieser Tag vom internationalen sozialistischen Kongress in Leben gerufen: Ein Tag, an dem die Proletarier die Lohnabhängigen Massen aller Welt vereint gegen die Ausbeutung der herrschenden Klassen, gegen die Unterdrückung durch das Bürgertum protestieren und demonstrieren sollten; Ein Kampftag also, an dem die unterdrückten Massen ihren Kampfeswillen gegen ihre Unterdrücker auf die Strassen tragen und ihre Stärke demonstrieren. Was ist daraus geworden? Ein Feiertag der Gewerkschaften und der sogenannten Arbeiterparteien SP und PdA welche unsere wahren Interessen schamlos den Kapitalisten verkaufen gegen nichts-sagende Reformen, die uns den Mund vollstopfen sollten und gegen das Versprechen eines Leerlaufwohlfortsstaates, wo Ausbeutung und Unterdrückung munter weiter blühen und jegliche menschenwürdige Existenz im Leistungszwang erstickt wird! Ein Siegestag des Bürgertums, des kapitalistischen Systems, der 3% Blutsauger die 50% unseres Volkseinkommens in Anspruch nehmen.

-Tag der Ruhe und Ordnung, an dessen offiziellen Abschluss die Blechmusik die "Internationale" mit gewerkschaftlichem Inhalt in den Fraumünsterplatz hinausplärrte: "Schläft weiter, Verdammte dieser Erde"! Etwas durcheinandergebracht wurde in den letzten Jahren dieser Trauerzug durch ein paar Vietnam-Protestplakate, Che, Mao und Marx Plakate und Ho-Chi-Minh-Rufen der Studententend durch unsere aktiven Fremdarbeitergenossen. Aber Vietnam und Universität sind weit weg vom Alltagsleben und die Fremdarbeiter kann man beliebig aus dem Land werfen.

REPUBLIKANER-FREMDARBEITER: EINE KLASSE, EIN KAMPF!

Weil wir einen Teil der Arbeiterschaft bilden, solidarisierten wir uns auch am 1. Mai mit allen Arbeitergenossen, besonders aber mit den Fremdarbeitern, die zu Beginn dieses Jahres in der Westschweiz mutig den Kampf gegen die Fabrikonzonen aufgenommen haben.

AUS DEM KNAST.

WIR RICHTEN UNSERE AKTIONEN GEGEN KAPITALISTISCHE BASTIONEN
-an der Börsenstrasse gegen den Vorort-Handelskammer für Industrie und Gewerbe, rechte Hand von Bruggwer, Bundesrat für Schweizer Volkswirtschaft, oberstes Organ der Arbeitbewegung, wo die einflussreichsten Bankiers, Fabrikonzonen und Handelsmanager, also die Crème des Kapitalistenpacks vertreten sind, welche gemeinsam mit der Regierung wirtschaftliche Gesetze und Richtlinien und Massnahmen austüfteln, um den Profit der Kapitalisten zu garantieren und die Ausbeutung der lohnabhängigen Massen zu verewigen.
-an der Stampfenbachstrasse gegen Francos faschistisches Regime, das nichts anderes ist, als KAPITALISMUS IN SEINER OFFENEN BRUTALEN VISAGE.



Wir sind Alle Gefangen

Ich bin überzeugt ich mit einem "Republikaner" eher eine halbe Stunde, nur waren uns völlig einzig, brachten aber eine halbe Stunde um das zu bekommen. Alleen alle heute so, dann wäre diese Welt noch nicht ganz verloren. Jeden weniger gelübe müssen wir den Kampf weiterführen. Handelt du mir meine Herre schiden!

die Empörung der Republikaner richtete sich auch gegen die NZZ, faschistisches Heftblatt der Freisinn-Bonzen, die im Namen unseres Rechtsstaates unaufhörlich mit dreisten Verleumdungen Entstellungen, Lügen und schamlosen Beschimpfungen über uns herfiel. Sämtliche mobilisierbare Schmier, die wieder einmündlich endlose Tränengas- und Knüppel-einsätze, wahllosen Verhaftungen sich das uneingeschränkte Lob der Bürger verdienten, konnte uns nicht in die Flucht schlagen: Im Gegenteil, wir marschierten vereint gegen die Urania, um gegen die Verhaftungen der Republikaner zu protestieren: EINS, ZWEI, DREI, GENOSSEN FREI! Eine unabsehbare Masse von über 1000 Genossen, die sich von der Urania-Brücke bis fast zum Bellvue hinzog, besetzt von einem Willen, fest entschlossen, den Kampf gegen die Ständige Unterdrückung unseres kapitalistischen Systems aufzunehmen!

ZUERICH 1. MAI 71: BUNKERJUGEND-MILITANTE ARBEITERJUGEND

Schon die Spruchbänder und die Rede unseres ARB-Genossen zeigten etwas grundlegend neues an diesem 1. Mai: Hier protestierten nicht Intellektuelle und Akademiker für die Menschenrechte, sondern junge Arbeiter, Lehrlinge, Schüler, Windenzöglinge und ein Teil der Studenten, der sich ihnen anschloss: die Bunkerjugend: demonstrierte für ihre eigenen Rechte und Interessen, die am Arbeitsplatz in den Schulen, Winden und Freizeitzentren brutal niedergestampft werden. Sie ist der unterdrückteste, rechtloseste Teil der Schweizer Bevölkerung und muss ihn nicht stellvertreten, wie es während der letzten Jahren die junge Linke tat. Gleizeitig ist sie für die Kapitalisten lebenswichtig, denn sie bietet schon jetzt ein ideales Ausbeutungsfeld (Lehrlinge!) Und die Schwachköpfe, die meinten, mit der Schliessung des Bunkers könnten sie unsere Bewegung abwürgen, die nur höhnisch grinsten, als sie am 14. Januar das Communiqué der Verteidigungsmannschaft unseres Bunkers lasen, in dem steht: "DIE ARB IST NICHT TOT! SONDERN LEBT WEITER? STAERKER UND GEFESTIGTER DENN JE".

zum 1. MAI

Vorgeschichte:

Im letzten Herbst schafften wir in Zürich ein autonomes Zentrum, d.h. einen Ort, wo wir versuchten, unser Leben selber zu organisieren und unsere sozialen Probleme gemeinsam zu lösen. Es zeigte sich aber, dass diese Probleme-Ausbeutung und Langeweile am Arbeitsplatz, die Schwierigkeiten mit den Eltern, Drogen nicht isoliert, sondern nur aus der Lage der ganzen Gesellschaft verstanden werden können. Dies bedeutet, dass sie nur im Rahmen der ganzen Gesellschaft, durch Veränderung der ganzen Gesellschaft, gelöst werden können.

...und wie funktioniert unsere Gesellschaft?
Die Leute, die in einer Gesellschaft leben, sind vor allem dadurch miteinander verbunden, dass sie die Güter, die sie benötigen, gemeinsam herstellen, das heisst, der Zusammenhang zwischen den einzelnen Menschen liegt vor allem darin, dass sie in der gleichen Wirtschaft arbeiten. Die einzelnen Betriebe aber, in der die Menschen arbeiten, werden nur von einer kleinen Gruppe verwaltet: den Kapitalisten. Unser Einsatz für eine Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen bedeutet daher Kampf gegen diese kleine Klasse der Kapitalisten, die diese Beziehungen und damit auch uns selbst, kontrolliert und beherrscht.



rates zog als Spektakuläres Ereignis die Nationale Aktion mit 10 Sitzen in den Rat ein. Vorübergehend ist es gelungen, Teile der schweizerischen Arbeiter hereinzulügen: die Mut dieser Arbeiter gegenüber der Fehlentwicklung unserer Gesellschaft (Wohnungsnot), konnte abgelenkt werden auf einen anderen Sündenbock: die Fremdarbeiter, damit die wahren Urheber dieser Fehlentwicklung am Ruder bleiben können.

Zum Frühlingbeginn wurde mit allem Pomp das Zürcher Sechselüten durchgeführt. Die kleine Oberschicht, die in den Zünften organisiert ist, begnügt sich während zwei Tagen mit den polizeilich abgesperrten Strassen und an von Sekuritas beschützten Gelagen, um den Umzug abzuhalten. Das Zürcher Volk durfte vom Trottoir aus zuschauen.

10 Tage später, am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, nahmen wir mit den Schweizer- und den Fremdarbeitern an der grossen Kundgebung teil. Wir sind der Ansicht, dass wir die Strassen, die während zwei Ta-

Am "Vorort" des schweiz. Handels- und Industrievereins" - dem mächtigsten Verband der schweiz. Kapitalisten, der grössten Einfluss auf unsere Politik ausübt, sagten wir der Unternehmensschaft den Kampf an. Vor der Amerikanischen Botschaft demonstrierten wir unsere Solidarität mit den Vietcongs, den Black Panthers, den Tupamaros und allen Bewegungen, die den Kampf gegen die Herrschaft des internationalen Kapitals führen, von dem der Teil der Schweiz ein wichtiger Teil ist.

Im mächtigen Zug bewegten wir uns gegen das spanische Konsulat, vereint mit den spanischen und italienischen Arbeitern, Transparente, in drei Sprachen geschrieben, tragend. So wie die Fremdarbeiter mit uns auf deutsch "eine Klasse, ein Kampf" und "alle Macht dem Volk" mitriefen,



so skandierten wir mit ihnen "lotta di classe - potere alle massa" (Klassenkampf - alle Macht den Massen). Vereint demonstrierten wir gegen den Faschismus des Franco-Regimes ("Spania si - Franco no") und somit auch gegen den Faschismus in der Schweiz.

Schon vor dem spanischen Konsulat erwartete uns eine kleine Armee von Polizisten, gut gerüstet, um unsere Demonstration zu zerschlagen. Schweizer Polizisten schützten ausländische Faschisten. Während wir versuchten, die aufgestellten Barrieren wegzuziehen, begann der, schon von früher her bekannte Prügelregen auf uns herabzurasseln. Dieses Mal haben wir energisch Widerstand geleistet, uns gewehrt mit Knütteln und Steinen und sind nicht einfach abgehauen. Sicher ist, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt zu wenig stark sind, unseren Willen gegen die Polizei durchzusetzen. Aber sicher ist jedenfalls, dass wir bereits genug stark sind, um dem Willen der Herrschenden Widerstand zu leisten, Widerstand gegen die Bonzen, die sich am 1. Mai in den Villenvierteln verstecken und uns im Namen der "Demokratie" und "Ruhe und Ordnung" die Polizei nachjagen. Viele, die anmassen von sich sagen, Stimmen des Volkes zu sein, (allen voran der Freisinn und Konservative (BGB)) haben sich empört über unseren Widerstand und damit aber auch ihre Strategie entlarvt. Sie wollen uns als Kriminelle der Polizei gegenüberstellen und verschweigen darüber, dass nämlich sie es sind, die über die Polizei verfügen und sie uns nachhetzen.

Wie ein Saubannerzug hätten wir uns durch die Strassen bewegt, schrieb die freisinnige NZZ.



...und wie wird diese Gesellschaft verändert

Eine Gruppe, die entschlossen ist, diese gesellschaftlichen Beziehungen zu verändern, muss dort ansetzen, wo sie mit der Gesellschaft verknüpft ist. Deshalb führen wir den Kampf um ein autonomes Zentrum, das unseren Bedürfnissen entspricht. Deshalb haben wir den Kampf in den Betrieben und in den Wänden aufgenommen und organisiert. Ferner muss sich eine revolutionäre Gruppe verbünden mit anderen Gruppen, die unter den jetzigen gesellschaftlichen Beziehungen leiden (z.B. Fremdarbeiter), und mit ihnen den Kampf aufnehmen gegen den gemeinsamen Feind: die Kapitalisten.

Im Februar haben vor allem die Fremdarbeiter der Bührle und den Sulzer-Fabriken in Genf gestreikt. Wir haben ihren Kampf unterstützt mit Geldsammlungen und Demonstrationen, weil die Fremdarbeiter die tiefsten Löhne beziehen und in lausigen Baracken leben müssen. Wir unterstützen ihren Kampf, weil er auch unser Kampf ist.

An der Venedigstrasse haben wir gemeinsam mit den Bewohnern den Abbruch von Häusern aufgehalten und zudem die Machenschaften unserer Regierung entlarvt, die mit den Kapitalisten unter einer Decke steckt. Zusammen mit allen Mietern wollen wir den Mieterkampf weitertreiben.

Die Reaktion unserer Gegner:

Sauer! Die Herren mit Kapital, vorab die in der Freisinnigen Partei, die in der NZZ ein mächtiges und williges Sprachrohr besitzen - 64 Redaktoren (ARB 1 Megaphon), setzen seit langem alles gegen uns ein. Der Entrüstungsturm aus dem rechten Lager scheint darauf hinzuweisen, dass die Stossrichtung unserer Bewegung nicht schlecht liegt! Die Polizeieinsätze haben einigermassen Licht über die Rechtsverhältnisse in unserem Staat geworfen. Unsere Aufklärungskampagne an die Bevölkerung im Shopville und in den Strassen wurde mit brutalen Prügel- und Gaseinsätzen gestört. Im weiteren werden immer wieder einzelne von uns besonderen Repressionen ausgesetzt, um unsere Einheit zu spalten. "Wir stehen zu unserem Staat" schrieb der Freisinn kürzlich in der Wahlkampagne- und meint damit, der Staat gehöre ihm - wie lange meint er das noch? In den darauf folgenden Wahlen des Gemeinde-

gen den Bonzen und ihrem Anhang gehörten, am Tag der Arbeit auch benutzen durften. Viele Schweizerarbeiter, durch jahrzehntelange "Politik des Arbeitsfriedens" eingeädelt, hielten sich an die offizielle Demonstrationsroute und lösten ihre Gruppe nachher auf. Zusammen mit den kämpferischeren Teilen der ausländischen Arbeiterschaft demonstrierten wir weiter **da wir den 1. Mai als Kampftag auffassen** als Kampftag gegen das Lehrlingswesen, gegen die Ausbeutung, gegen die Erziehungswunden, gegen die profitorientierte Ausbildung.



In unserer Rede heisst es, dass sich die sozialistische Jugend demjenigen Teil der Arbeiterschaft anschliessen soll, der den Kampf gegen die Ausbeutung schon aufgenommen hat, den in der Schweiz lebenden Fremdarbeitern, die mit dem Streik als Instrument in Genf und Yverdon schon Widerstand geleistet haben. Als Zeichen dafür, dass dies für uns nicht nur Theorie ist, sind wir gemeinsam mit den Fremdarbeitern weitergezogen. Und war nicht in Blöcke getrennt und gespalten wie es die Gewerkschaften am Umzug wollten, sondern vereint.

Dabei ist es genau ihre Partei, die uns mittels Knüttel und Tränengas auseinander treiben liess, um dann einzelne mit Detektiven verhaften zu lassen. Wir haben den ganzen Tag Widerstand geleistet und sind am Abend nochmals, formiert zu einem gewaltigen Zug, der das ganze Limmatquai füllte, vor die Hauptwache der Polizei gezogen, um unseren gefangenen Genossen unsere Solidarität zuzurufen. Damit haben wir bewiesen, dass wir ungebrochen, ja durch und mittels unserem Widerstand gestärkt worden waren.

Wir hätten alle Sympathien verloren an diesem 1. Mai, sagt man uns, die Gruppen aber, die mit uns kämpften, haben uns nicht im Stich gelassen. Zwar mussten die Fremdarbeiter die Strasse verlassen, da sie speziellen Repressionen der Fremdenpolizei ausgesetzt sind, aber sie haben uns ihre Solidarität weiter kundgetan. Die Organisation der spanischen Arbeiter in der Schweiz hat die ARB zwei Tage nach dem 1. Mai an ihren Kongress eingeladen und ihre Vertreter mit grossem Applaus empfangen.

Unser Widerstand war für den grössten Teil der Schweizerarbeiter unverstehlich und ist es auch jetzt noch. In jahrzehntelangen "Arbeitsfrieden" eingeschlafen, sind sie noch nicht bereit, den Kampf wieder aufzunehmen. Vielleicht haben wir sie ein bisschen aufgerüttelt, während



Fabrikanten und Gewerkschaftsbosse alles versucht hatten, um sie schlafend zu halten. Und vielleicht hat dieser 1. Mai auch noch einige Genossen in der Arbeiterschaft an jene Tage von 1918, den Generalstreik erinnert, als sie noch selbst den Kampf auf die Strasse getragen hatten.

... **REPRESSIONEN** ...

Wie die bürgerliche Presse (NZZ, NZN, Tat, aber auch Tages-Anzeiger) nach dem 1. Mai aus allen Rohren schoss, um uns als Rowdies und Kriminelle zu betiteln, das alles kennen wir schon vom ganzen Winter und der ständigen Hetzkampagne gegen die Bunkerjugend her. Die Parteien der Bonzen und Bürgerlichen haben auch prompt die Polizei gelobt für ihre Tränengas- und Knüppeljagden. Man hört von einzelnen Polizisten, die sich allerdings empört hätten, dass sie von ihren PIG-Offizieren wahllos und beabsichtigt in die Leute reingejagt worden seien, um so die kleinen Schmiere recht anzuheizen. Die 17, die am 1. Mai verhaftet wurden, haben die entsprechende Brutalität am eigenen Leib erfahren!

Nachdem so einmal zuerst das Instrument Polizei eingesetzt ist, schaltet dieser Staat der Unternehmer und Kapitalisten seine Justiz und seine Gerichte ein, heuchlerisch wie immer: zur "Wahrung der Demokratie", d.h. für uns: friedliche Ausbeutung aller die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Wer hier gegen den Faschismus in Spanien demonstriert, der begeht in der Schweiz "Landfriedensbruch". Werden Provokationen der Schmier Widerstand leistet, begeht "Gewalt und Drohung gegen Beamte".

Aber auch die sogenannten "Arbeiterparteien" (SP & Pda) wollen den Bürgerlichen helfen, die Bunkerjugend in den Dreck zu ziehen. Entweder beschliessen sie, dass die "linken" Anwälte uns nicht unterstützen und wir ruhig einmal "sitzen" sollten (so in einer SP-Sitzung nach dem 1. Mai) oder sie wollen uns mit der Behauptung, wir seien von "Anarcho-Schädlingen" und "Kapitalistenhunden" manipuliert, die Bunkerbesitzer in Betriebsleiter sagte im Vertrauen zu einem, der bei ihm einen Job suchte: "Ich kann Ihnen ehrlich sagen, jetzt ist es schon so weit, dass sie im Betrieb sind. Wir haben wirklich Leute von Bunker in unseren Abteilungen."

wegung zu ein Klub rebellischer Bürgersöhnen stempeln. Müssen sie wohl ihr schlechtes Gewissen mit solchen lächerlichen Angriffen vor der Tatsache verdecken, dass diese Organisationen seit Jahrzehnten die Lehrlinge und Jungarbeiter hochengelassen haben?

Doch es gelingt ihnen allen nicht uns auch mit all ihren Machtmitteln auseinanderzutreiben. Wir werden uns weiter organisieren, uns auf allen Gebieten weiterverbreiten, weiterkämpfen.



Wir müssen eigene Schutzorganisationen gegen weiteren Polizei- und Justizterror aufbauen. Als wir nach dem 1. Mai vor den Fabriken Flugblätter zum 1. Mai verteilten, erklärten uns Spanische Fremdarbeiter, die schon seit langem mit willkürlichen stundenlangen Verhören fertig gemacht werden sollten, dass sie unsern Kampf verstehen und sich mit uns organisiert dagegen wehren würden. Eine Klasse, ein Kampf!

Wer von der Justiz und Polizei verfolgt wird, (besonders vom 1. Mai her) hinterlässt seine Adresse und Nachricht im Laden "Mr. Natural", Seilergraben 15, damit wir mit ihm in Kontakt treten können.



DIE SPALTUNG DER ARBEITERKLASSE ÜBERWINDEN!

DIE AARB AM 2. KONGRESS DER SPANISCHEN FREMDARBEITER
ATEES Association de travailleurs espagnols émigrés en Suisse
Secrétariat central: Rue de Contamines 9A (Foyer Cervantes) - 1200 GENEVE

am 13. März: Wir demonstrieren für die streikenden Arbeiter in Genf

am 1. Mai: Wir demonstrieren mit den spanischen Arbeitern gegen die Vertreibung des spanischen Faschismus, des spanischen Kautskalismus in Zürich

Der ATEES, obwohl erst vor gut einem Jahr gegründet, verfügt heute schon über 31 Sektionen in der ganzen Schweiz. Am Kongress in Lausanne nahmen etwa 300 Delegierte aus den verschiedenen Sektionen teil. Mit dieser Einladung bekundeten die spanischen Genossen ihren Willen zur weiteren Zusammenarbeit mit uns. Um die Sache der Fremdarbeiter wirkungsvoll unterstützen zu können, ist es nötig, sich intensiver mit den Problemen der Fremdarbeiter zu beschäftigen. Die Spanier selber gaben uns dazu am Kongress ein eindruckliches Beispiel, wurden doch zu jedem Thema, das behandelt wurde, wie Betriebsarbeit, Bildungspolitik, Saisonarbeiter eine umfangreiche Dokumentation mit Analysen herausgegeben, die nur an Hand gründlicher Untersuchungsarbeit gemacht werden können. Wir wollen im folgenden kurz die Ursachen des Fremdarbeiterproblems aufzeigen!

Noch immer versuchen uns die herrschenden Kreise weis zu machen, dass die Fremdarbeiter freiwillig in unser Land kämen und dass sie es hier doch ganz gut hätten, auf jeden Fall besser als in ihrer Heimat. Man jammert zwar über einige bedauerliche Ausnahmen bei der Behandlung der Fremdarbeiter, spricht von besonders skrupellosen Unternehmern und findet auch, dass Schwarzenbach zu weit gehe. An einer Lösung der Fremdarbeiterfrage können diese Leute aber nicht interessiert sein. Ihr heuchlerisches Gewäsch dient ihnen lediglich dazu, die wirklichen Ursachen des Problems zu verschleiern. Denn die Fremdarbeiter kommen nicht in unser Land, weil es hier so schön ist, sondern weil sie in ihren Ländern keine Arbeitsplätze finden können und weil es für unsere Kapitalisten rentabler ist, billige Arbeitskräfte aus dem Ausland einzuführen, als die Betriebe zu rationalisieren. Die Fremdarbeiter nützen so den Herrschenden beider Länder, den Grossgrundbesitzern in den unterentwickelten Regionen, die kein Interesse

an deren Industrialisierung haben - denn es ist für diese Herren einfacher und günstiger, ihr Geld in die Industrie-Zentren in Nord-Italien oder der Schweiz anzulegen als einen Beitrag zur Entwicklungsarbeit in Süd-Italien oder Spanien zu leisten - wie den Kapitalisten hier, die versuchen, indem sie die nationalen Unterschiede der Arbeiter hochspielen und die Gefahr einer "Ueberfremdung" an die Wand malen, die Arbeiterklasse zu spalten.

Die Hochkonjunktur erlaubt den Import ausländischer Arbeitskräfte. Auf diesem doppelten Weg profitieren die Bourgeoisien: indem sie Arbeiter exportiert, die Arbeitslosigkeit eliminiert und Profite einstreicht (Geldüberweisungen der Emigranten), indem sie Arbeiter importiert, freie Arbeitsplätze besetzt und durch Ausbeutung jener Gewinne erzielt.

In unterentwickelten Ländern schadet der Auszug von Arbeitern der eigenen Entwicklung, indem es die Arbeiter ausscheidet, die es selbst hervorgebracht hat. In den entwickelten Ländern profitiert man von den Kräften, die nichts gekostet haben, die eine beschleunigte Entwicklung mit unvorhergesehenen Elementen erlauben, womit sich der nationale Reichtum anhebt und, im wesentlichen zum Nutzen der Bourgeoisie, im Lande bleibt.

Diesem Spaltungsversuch, der von Gewerkschaftsfunktionären, die einen Streik eine vom Ausland importierte Methode nennen, durch solch rassistisches Geschwätz noch bekräftigt wird, ist mit vereinten Kräften entgegenzutreten. So betont auch der ATEES in seiner Plattform, dass er den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter ohne Unterschied ihrer Nationalität für ihre gemeinsamen Interessen unterstützt. Um diese Interessen wahrzunehmen, fordert er die gleichen Rechte für Spanier und Schweizer, insbesondere das Recht, in der Fremdarbeiterpolitik mitbestimmen zu können. Weiter wird die sofortige Aufhebung des Saison-Arbeiter-Status gefordert. Die Saisonarbeiter sind der am meisten ausgebeutete und unterdrückte Teil der Fremdarbeiter; so ist ihnen weder Stellenwechsel noch Familiennachzug erlaubt, sie sind gezwungen, zusammengepfercht in Baracken zu wohnen und müssen jede Dreckarbeit verrichten.

Was die Schweizer anfangen zu beachten sollten ist dass im Land der Freiheiten und der Neutralität diskriminierende und einschränkende Massnahmen bestehen, die in andern Ländern Europas, wo die Emigration ebenfalls existiert, nicht praktiziert werden.

Der Ausländer respektiert die Gesetze des Landes: er erfüllt seine Pflichten in Arbeit und Gesellschaft. Er bezahlt seine direkten und indirekten Steuern, er konsumiert, weil er leben muss: er isst, mietet Unterkünfte, reist, zerstreut sich. Er bildet einen Faktor der direkten Produktion und des regelmässigen Konsums. Er arbeitet, produziert und konsumiert und trägt zum schweizerischen Wachstum bei. Er muss in der Gesellschaft geduldet werden, wie die Verfassung es vorschreibt wenn nicht, wird er diskriminiert und damit wird auch das politische Aundament der Schweiz verletzt. Der ATEES stellt aber nicht nur Forderungen in der Schweiz auf, sondern kämpft auch mit den Kollegen in Spanien für die gesellschaftliche Veränderung in diesem Land, welche den Zwang auswandern zu müssen aufheben wird.

L'Association de travailleurs espagnols émigrés en Suisse.
pour AUTONOME REPUBLIK
BUNKER
de lui faire l'honneur d'adhérer comme observateur au 11^e Congrès qui aura lieu les 22 et 23 mai 1971 (samedi et dimanche) à Lausanne, dans la Salle des 1111 Cantons.
Buffet de la Gare C.F.F.
Nous vous présentons, Messieurs, nos salutations distinguées.
Pour la Commission centrale: Le président, Le secrétaire,
Dr. T. Mela, L. Montoya

Die Solidarität, die uns der ATEES mit seiner Einladung erwiesen hat und die Herzlichkeit, mit welcher die Delegation der ARB an seinem Kongress begrüsst wurde, können wir am besten erwidern, indem wir den Kampf der Fremdarbeiter weiterhin unterstützen. Siegreich aber kann dieser Kampf nur von einer proletarischen Massenorganisation geführt werden, die den Kampf in den Betrieben gegen das Kapital aufnehmen wird. Durch unsere Schulung, aber auch durch die praktische Arbeit der Basisgruppen in den Quartieren, können wir die Organisation des Proletariats vorantreiben und den Klassenkampf vorbereiten,

FREMDARBEITER = SCHWEIZERARBEITER
EINE KLASSE - EIN KAMPF
★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

REVOLUTIONÄRE LEHRLINGSORGANISATION

ZÜRICH

WIR LEHRLINGE WERDEN FÜR DUMM VERKAUFT!

Geld-kuh Lehrling



WIR WERDEN UM UNSERE GELD BETROGEN!

Bericht eines Lehrlings, der sein Konzentrationsspiel hat:
 Zu Hause wird selten über politische oder wirtschaftliche Probleme gesprochen, und wenn, dann wird unsere Meinung unterdrückt oder wir werden nicht angehört. Wir lernen von klein auf den Befehlen der Eltern oder des Lehrers zu gehorchen. In Elternhaus und in der Schule werden uns lauter Vorschriften gemacht, doch im Fernsehen wird uns gezeigt, wie schön es auf unserer Welt doch eigentlich ist. Später hecken wir in den Tanzlokalen und auf dem Fussballplatz herum. Wir werden dadurch nicht wie wir interessarlos gemacht werden. Anders ist es bei den Schwestern der Reichen. Sie können von klein auf Klavierstunden besuchen, zu Hause werden politische Diskussionen geführt, und wenn sie in der Schule nicht mitkommen, können sie einfach eine Privatschule besuchen. So dass sie später die Hochschulen besuchen können. Die Tatsache, dass nur circa 4% der Arbeiterkinder die Mittelschule besuchen können zeigt, dass die Kinder der Bonzen dank der besseren geistigen Voraussetzungen, die sie aus dem Elternhaus mitbekommen, die größeren Chancen haben, eine höhere Schule zu besuchen. Das sagt man Klassenpezifische Ausbildung. Praktisch ist das so zu erklären: die aus den Klassen gegensetzten übertragenen Ungleichheiten, werden von den Herrschenden geschickt gefördert. Die schwächeren Schüler die meistens aus Arbeiterfamilien sind, landen in der Ober- oder in der Realschule. Sie werden also eingeschult für den späteren Jahren der Ausbildung, ist die Gewerbeschule, die die hauptsächlichste Aufgabe hat, die nötigen Arbeiter für die Industrie und das Baugewerbe zu produzieren. Die Berufsmittelschule, wo die unteren Kader wie Techniker und Vorgesetzten den Handarbeitern rekrutiert werden. Das zeigt die Tatsache, dass nur 6% der Gewerbeschüler die Berufsmittelschule besuchen können. In den Mittel- und Hochschulen werden die Söhne der Reichen zu intellektuellen Handlangern der Herrschenden ausgebildet. Das Anliegen der bürgerlichen Ausbildung und Erziehung in den Gewerbeschulen wird niemals die Wissensvermittlung an die ganze Jugend sein, denn die Schule für ihre Interessen aktiv kämpfen kann. Denn die Schule wird von der Privatwirtschaft besteuert. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen, wir müssen gegen diese Ungerechtigkeit kämpfen!
 Unser erster Schritt im Kampf an den Gewerbeschulen muss gegen die Unterdrückung der politischen Lern- und Meinungsfreiheit gehen. Wir müssen mit allen Lehrlingen über die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterjugend sprechen, und öffentliche Diskussionen fordern. Mit der Zeit werden von der BLZ öffentliche Bildungsbände veranstaltet, um durch diesen theoretischen Unterricht, den Kampf in der Schule und in Betrieb zu unterstützen.



LEHRLINGE UND ARBEITER ORGANISIERT EUCH, KÄMPFT IN DEN BETRIEBEN!

Der geringe Lohn der die Kapitalisten uns für die geleistete Arbeit bezahlen bringt ihnen grosse Sonderprovisionen. Derum haben sie auch ein Interesse viele junge Arbeiter und Lehrlinge einzustellen, weil ihre Erhaltungskosten geringer sind, als die der älteren Arbeiter. Wir dürfen nicht glauben, dass die Kapitalisten uns aus reiner Menschlichkeit die Ausbildung bezahlen. Da noch grössere Sonderprovisionen herauszuschinden. Haben sie unsere Löhne nach Lehrjahre abgestuft, obwohl alle Lehrlinge gleich in den Produktionsprozess eingesetzt sind. In ersten Lehrjahr müssen wir Handlangerarbeiten leisten. (Auf Befehl der Werkzeuge holen, putzen und aufräumen) die dem Arbeiter erst eine produktive Arbeit ermöglichen. In den späteren Lehrjahren wird uns selbst produktive Arbeit beauftragt (z.B. Arbeiten an der Drehbank). Für die Abstufung der Löhne gibt es nur eine Erklärung: Die minimalen Löhne die uns bezahlt werden, ermöglichen den Kapitalisten die Löhne in den späteren Lehrjahren niedrig zu halten. Bei Akkordarbeiten und Hilfsarbeiten, die durch lächerliche Sonderprämien oder Schutzzulagen, quasi belohnt werden, kommt die extreme Ausbeutung und Unterdrückung besonders zum Ausdruck. Durch die Auszahlung solcher Prämien und Akkordlöhne wird die Unzumutbarkeit von stumpfsinnigen Serien- und Schutzarbeiten verschleiert und die Lehrlinge im Konkurrenzkampf in Fleisserei und Paule klassiert. Der Kampf im Betrieb muss nicht nur um wirtschaftliche Probleme geführt werden, sondern muss mit einer grundsätzlichen Umwandlung des gesamten Arbeits-, Erziehungs- und Bildungsvorgabes verbunden sein. Ziel dieses Kampfes ist die Fabrikatschule, welche die praktische Arbeit im Betrieb mit allgemeiner Bildung verbindet.

UNSERE MEINUNG WIRD UNTERDRÜCKT!

Viele Lehrlinge klagen einerseits dass ihre Meinung von den Eltern unterdrückt wird, andererseits kommt es sogar vor, dass ihr Taschengeld beschlagnahmt ist, oder dass sie nur einmal in der Woche ausgehen dürfen. In vielen Fällen kommt es sogar vor, dass ihnen verboten wird an politischen Versammlungen zu gehen. In den Lehrlingsheimen sind die Lehrlinge einer besonders extremen Form der Unterdrückung ausgesetzt. Oft müssen für den Ausweg nach 21^{er} Sonderbewilligungen eingeholt werden. Privatsachen wie Schränke und Schubladen, Zeitschriften und Briefe etc. werden kontrolliert und zensuriert. Politische Arbeit in den Heimen ist undenkbar.
 Um gegen die Unterdrückung sowohl im Elternhaus als in den Lehrlingsheimen zu kämpfen, müssen wir einerseits durch Forderungen nach Abschaffung jeglicher Kontrolle und Zensur die Lehrlingsheime in Lehrlingskollektive überführen, andererseits um den Bau von neuen Lehrlingskollektiven, die von den Betrieben oder dem Staat finanziert werden, kämpfen.

Um für die erwähnten Forderungen zu kämpfen, müssen wir alle die Notwendigkeit der Zusammenschlusses im Betrieb und der Lehrlingsorganisation haben. Kontakt auf, mit der REVOLUTIONÄREN LEHRLINGSORGANISATION ZÜRICH

DER KAMPF EINER LEHRLINGS-GRUPPE



Die Lehrlingsgruppe der Direktion stellte folgende Forderungen an:

1. Die Lehrlingsgruppe soll von der Direktion anerkannt werden
2. Um unserer Probleme und Konflikte in Kollektiv diskutieren zu können, fordern wir zwei Stunden Diskussion in der Woche während der Arbeitszeit.
3. Wir fordern von der Direktion materielle Unterstützung für die Herstellung eines Lehrlingsbulletins.

Diese Forderungen wurden mit teils fadenscheinigen Begründungen abgelehnt. In wichtigsten scheint uns die Begründung der dritten Forderung hervor zu heben. Die Unterstützung wäre nämlich unter folgenden Einschränkungen gewährt worden: Im Bulletin darf keine Propaganda und keine Politik enthalten sein. Darum ist klar ersichtlich, dass jegliche Kritik und die politische Meinungsfreiheit der Lehrlingsgruppe über wir lassen uns nicht für dumme Verkaufsförderung nicht nur fadenscheinige Unterhaltungsartikel. Wir haben uns zu einer Lehrlingsgruppe zusammen geschlossen um unsere Probleme und Konflikte diskutieren zu können. Die Verhältnisse der Lehrlinge am Arbeitsplatz in der Schule und im Elternhaus sollen näher analysiert werden, um Richtlinien für kurz- oder längerfristige Veränderungen im beruflichen Bildungssystem an zu streben. Darum haben wir beschlossen unser Bulletin selbstständig zu finanzieren, um die Arbeiterschaft laufend über unsere Arbeit zu informieren.



5³⁰ mit Ach und Krach erhebe ich meinen müden Körper und das lästige Klingeln des Weckers. Was nachdem ich mit einem feuchten Taschentuch meine Augen ausgerieben habe, streife ich mir die Kleider über, um sie kurze Zeit später gegen das gewohnte Arbeitskleid wieder auszutauschen. Hastig schütte ich eine Tasse Milch hinunter, und fahre zur Arbeit.
 6⁰⁰ Kam habe ich den Fuss über die Türschwelle gesetzt, ertönt schon der heisere Schrei Melchior: Stift!
 Befehl von Meister: Diese Schrauben und Zahnräder müssen geschwört werden! Da gibt natürlich Schutzzulage, tröbete er mich. Je schneller du schweerst, desto schneller bekommst du eine andere Arbeit.
 9⁰⁰ Ich würgte mein Brot herunter, um eine viertel Stunde später mit einem Kollegen, bei blasser Kälte das Eisenlager auf zu räumen. Mit frierenden Fingern erledigen wir auch diese Sklavenarbeit bis zur Mittagspause.
 12¹⁵ Endlich die lange ersehnte Mahlzeit. Kam habe ich Schlängelnfranzosen in der Kantine gegessen, ertönt wieder der Glockenton zum Arbeitsbeginn.
 15⁰⁰ Da ich keinen weiteren Befehl von Chef bekomme, darf ich einen Kleinschliff bearbeiten zu dem ich seit Monate heraus schoppe. Kam habe ich einige Feilenstriche gemacht, schreit der Vorarbeiter: Ja Himmel!
 Da ich mich an solche gewöhnt habe so denke ich schrumpfe weiter.
 17⁰⁰ Endlich, das erlebende erbeutenden Bewusstsein etwas gelernt zu haben, geht ich nach Hause. Da ich früh am Morgen wieder aus den Federn muss, habe ich noch den Abendessen noch ganze drei Stunden Freizeit. In der ich sozusagen nur in den Fernseher gucken kann, oder in einem teuren Lokal gesungen bin mein kleines Taschengeld zu verschleudern.



Angesichts solcher Verhältnisse die in anderen Betrieben teils nicht besser sind, muss jedem klar werden, wieso der Lehrling nach seiner drei oder vierjährigen Ausbildung kaum fähig ist mit wirtschaftlichen oder politischen Problemen auseinander zu setzen. Denn auch die Gewerbeschule versagt, wenn es darum geht dem Lehrling eine Allgemeinbildung zu vermitteln, die ihm nach seiner Lehrzeit ermöglicht sich z.B. auch bei politischen Problemen ein gerechtes und objektives Urteil zu bilden. Geschweige denn nitrosen zu können. Wenn heute von Bildungssystem die Rede ist, so handelt es sich meistens um die Mittel- und Hochschulen.

Man spricht davon, dass unsere Wirtschaft einen zusätzlichen Bedarf an Technikern und Akademikern benötigt. Doch die hauptsächlichste Aufgabe unseres Bildungswesens ist es die notwendigen Arbeiter für die Industrie zu produzieren. Nicht die Warenvermittlung an die ganze Bevölkerung, dass sie sich politisch und wirtschaftlich aktiv verhalten kann ist das Hauptanliegen unseres Bildungswesens, ihm gegenüber stehen nämlich die Sonderinteressen unserer Privatwirtschaft. Es zeigt sich gerade in beruflichen Ausbildungssystemen, dass die Allgemeinbildung in den Schulen und die politische Meinungsfreiheit in den Betrieben von Vorgesetzten (Lehrer) unterdrückt wird. Durch die Schichtspezifische Ausbildung werden die Lehrlinge frühzeitig selektioniert und sie laufen bei ihnen auf den Profit und ihre Interessen bedachten Arbeitgebern unter meist schlechten Arbeitsbedingungen eine rückständige, handwerklich-traditionell gebundene Ausbildung.

Factisignis mit Leerzeit

Dumm und naiv gehaltene Leute lassen sich leichter manipulieren, und können so für unsere Scheinmoralie nie gefährlich werden.



**Kontakt:
RLZ**

**Postfach: 334
8021 Zürich**



LGS

Warum HIT-FAIR? oder die Marktlücke



PFUI & UMWELTSCHUTZ!

Die rührige Aktivität der Umweltschützer hat einen neuen Höhepunkt hinter sich, die Zürcher Umweltschutzwoche (ZUW). Wie schon so manche Antidreck-Kampagne ist auch die ZUW ein perfides Ablenkungsmanöver. Es soll nämlich niemand merken, wo die wirklichen Ursachen der Misere liegen. Der Trick geht so: viele Gewinne sind im heutigen Umfang nur möglich, weil der Kapitalist einen Teil seiner Produktionskosten der Allgemeinheit aufhalsen kann (z.B. müsste ein Autohersteller die Schäden, die durch die Abgase entstehen, bezahlen, kämen die Autos so teuer, dass er sie nicht mehr verkaufen könnte). Da es kaum Gesetze gibt, die ihn daran hindern, versucht er möglichst viel seiner Kosten abzuwälzen (indem er immer mehr und immer stärkere Wagen verkauft). Hier liegt die Ursache für den skrupellosen Raubbau an Natur und Arbeitskraft. Die Folgen seiner Profitgier kümmern den Kapitalisten

WÄHREND DER UMWELTSCHUTZWOCHE KREIERTE DIE STADT ZÜRICH DIE FAMILIE PFUI UM ZU ZEIGEN, WER SCHULD IST AN DER UMWELTSCHIFFE: DER BÜRGER, DIE SONNTAGS AUSFLÜGLER



erst, wenn sie ihn am Profitmachen behindern (z.B. wenn trotz den Widerständen ihrer Marionettenpolitiker für sie schädliche Gesetze drohen). Heute ist diese Toleranzgrenze erreicht, darum soll nun so plötzlich eine Entwicklung bekämpft werden, unter der das Volk schon lange zu leiden hat. Selbstverständlich wird nicht dort bekämpft, wo die Ursachen liegen, denn, so macht es uns die ZUW-Kampagne klar, der Konsument soll sich schuldig fühlen, damit er auch weiterhin die abgewälzten Produktionskosten willig trägt. Es zeigt sich immer deutlicher: die Umweltschutzung ist eine Eiterbeule des siechen Kapitalismus, eine unter vielen.

Basigruppe 9
**UMWELTSCHUTZ
SCHÜTZT NUR!
DIE GROSSEN FISCH!**

AUCH IN GENÈVE

Auch in Genf gibts Republikaner. Die Gründe die zum Aufwachen der Genferjugend geführt haben sind die gleichen wie bei uns, die gleichen spätkapitalistischen Zustände denen auch wir gegenüber stehen: die Reichen vergnügen sich in teuren Klubs und in einem mit jährlich 8 Millionen subventionierten Schauspielhaus, die ärmeren Leute müssen sich mit Fernsehen und Biertrinken zufrieden geben. Für die Jugend stehen lediglich in verschiedenen Quartieren kleinere Lokale zur Verfügung, deren Aktivitäten aber durch Beamte der Regierung streng kontrolliert werden und zensuriert werden. Klar dass diese Jugendlichen die sich langweilten in den zensurierten Jugendhäusern und von unseren Bunkerexperimenten gehört hatten mehr und mehr Lust auf ein autonomes Zentrum bekamen.

Eine Theatergruppe, die Tretaux libres (freie Gaukler) die in Genf nirgends spielen durfte weil in ihrem Stück eine Schauspielerin 2 Sekunden lang ihre Schamhaare entblösste (so der Polizeirapport) besetzte am 30. April eine zum Abbruch bestimmte Kirche. Die Aufführungen in der Kirche wurden ein grosser Erfolg, doch schon nach wenigen Tagen fuhr die Polizei ein, räumte die Kirche und vertrieb die Schauspieler. Am 15. Mai solidarisierte sich die Genferjugend mit den in Gefängnis hungerstreikenden Schauspielern in Form einer grossen Massenkundgebung (weit

vorausschauende Demonstranten brachten Schlafverhafteten in gemeinsamer Aktion wieder zu befreien. So gelang der Polizei trotz mehrstündigem Widerstand der Jungen fast keine Verhaftung.

In den darauf folgenden Tagen führten die Jugendlichen eine grosse Informationskampagne an die Genferbevölkerung durch, mit Strassentheater Musikgruppen die eigens komponierte Lieder spielten, Flugblätter etc. um dieser die Notwendigkeit eines autonomen Zentrums klar zu machen. Alle diese Arbeit aber wurde in der Presse totgeschwiegen, auch in der Zürcherpresse, da die Presse die Interessen der herrschenden Klasse vertritt und nicht geneigt ist die berechtigten Ansprüche der Jugend zu verbreiten.

Popmusikgruppen entstanden spontan, kleine Gruppen diskutierten die Ziele der neuen Bewegung, Selbsthilfeorganisationen für Food und Kleinkinder wurden gegründet, Filmtrupps hielten die Ereignisse sofort fest... Am frühen Morgen des vierten Tages fuhr die Polizei ein und räumte. Später formierten sich die Jungen wieder zu einer grossen Kundgebung zum Jugendhaus um zu verhandeln. Die Polizisten gingen gar nicht auf dieses Angebot ein, sondern versuchten unsere Genossen die sich vor dem Jugendhaus niedergelassen hatten einfach wegzuprügeln. Die Antwort kam geschlossen: die Jugend liess sich nicht einfach den Willen der Regierung mit Knüppeln aufzwingen sondern setzte sich erbittert zur Wehr. Die von der Zürcherpolizei

praktizierte Taktik, die Jugendlichen auseinander zu treiben und diese dann einzeln von zivilen "Deckeln" zu verhaften war in Genf bereits bekannt - auch die Taktik der Bunk jugend die s:

Uebers Pfingstwoche gelang die Besetzung eines Pfadfinderhelmes wo die weiteren Pläne der autonomen Genfer diskutiert wurden- Am 5. Juni wurde wieder eine Kundgebung durchgeführt, an deren Anschluss das ursprüngliche Jugendhaus wieder besetzt. Hunderte von Pigs regelten darauf das gesamte Quartier ab und nahmen die meisten Demonstranten fest - darunter auch Univeritätsprofessoren.

Diese gewaltige Repression hat unsere Genossen in Genf sicher empfindlich getroffen, ihren Kampfeswillen aber gestärkt - gerade jetzt sind sie dran neu zu organisieren.

GENFERKAMPF = BUNKERKAMPF = KLASSENKAMPF



LAUSANNE



UND IN

P.L.R. Lausanne. Man betrachtet die Jungen als Auslöser der Unordnung - zu Unrecht: Sie sind die Opfer dieser Unordnung. Man sagt sie wollten die existierende Ordnung umstürzen. Das ist falsch: Was nicht aufrecht steht, kann auch nicht stützen. Diesen Satz sprach Denis de Rougemont Anfang Mai vor der versammelten politischen und kulturellen Prominenz in der ETH Lausanne am Europatag. In vorderster Position applaudierte der freisinnige Stadtpräsident der Waadtländer Metropola, Georges-André Chevallaz und er verliess nicht etwa bleich vor Dem die Aula der ETH, stellte damals in der NZ Roman Brodmann fest.

Ueberehen hat man in der deutschen Schweiz, dass der «liberalere» Chevallaz, statt lauthals nach Auftritten zu schreien, erst hinter dem «neuen Graben» bei den «progressiven Romanda» aufgerüstet hat, bevor er Denis de Rougemont applaudierte.

Mit gemischten Gefühlen beobachteten Stunden vor dem Termin die Passanten die Bereitstellung von Stabschlehdrollen, Stahlhelmen und Feuerwehrgewagen, die neuen Schutzhelme mit Visier, die umhängten Gasmaskenbehälter. Eine Senserie, mit der die Lausanner Bevölkerung, die schon zahlreiche Demonstrationen gesehen hat, nicht vertraut war.

Die Sitzung der Stadtleitende, welche um 20.00 Uhr im Stabsgebäude hätte anfangen sollen, wurde schon am frühen Nachmittag in den Grossratsaal umbeordnet. Denn, wie der Polizeidirektor Robert Deppen am Tag nachher vor Presseleuten festhielt, «die Stadtbehörden bereiteten sich auf eine Kraftprobe vor...»



Aidez le Comité d'Action Cinéma par des dons et par la création de Comités de Soutien
COMITE D'ACTION CINEMA
Case postale 125 1012 Chailly Lausanne 12

«Kann man denn im voraus wissen, welche Ausmass die Demonstration annehmen würde», hat der Polizeidirektor nachträglich geurteilt und auf die Frage, warum man gleich von Anfang an «grosse Artillerie» aufgezogen habe, geantwortet, «wir streben einen Ueberraschungseffekt an».

In seiner Manöverkritik lobte der Sozialdemokrat Deppen: «Das Ziel wurde erreicht. Keine Verletzte, kein Sachschaden». Nicht gezählt wurden die zwei Kleinkinder (zwei und drei Jahre alt, denen bei einem «Ueberraschungseffekt» in der Stadt das Fährnagel nicht gut bekam und die ins Spital eingeliefert werden mussten. Ihre Mütter, Passantinnen, wollten bei der Polizei Anzeige erstatten, wurden aber abgewimmelt: «Wenn sie dort waren, sind sie selber schuld.» Wie die zahlreichen SEB-Fahrgäste und Rührbocker am Bahnhofplatz, die ohne Unterschied abgespritzt wurden.

Selber schuld sind auch die Demonstranten. Denn, wie Stadtpräsident Chevallaz erklärt: «Das Ultimatum des CAC war eine Beleidigung gegenüber dem demokratischen System. Das Volk lässt sich über ihre bödschmerzlichen nicht auf diese Art verhöhnen. Die demokratischen Institutionen müssen mit Entschlossenheit und Autorität verteidigt werden... Die Stadtbehörden sind zum Dialog bereit, wenn dieser auf dem normalen gesellschaftlichen Weg vor sich geht.»

Der Presse erklärte der Stabsdirektive, dass es sich bei den Manifestanten um eine «ästhetische, beschränkte und importierte Jugend» handle und nicht um die wahre Lausanner Jugend. Die Petition des CAC für Kleinhelmpapete von vier Franken wurde immerhin von nicht weniger als 2000 Lausanner Jugendlichen unterschrieben!

«Agitatoren von aussen», «Berufsdemonstranten» würden in Lausanne nach dem gleichen Schema wie in Genf und Zürich und nach einem vorbereiteten «Fahrplan» versuchen, die Institutionen zu untergraben. Es seien solche Leute festgenommen worden, «sie werden sehr schwere Bussen zu gewärtigen haben». Und weiter Chevallaz: «Sie wollen uns, wie in Zürich und Genf, in ein präzisiertes Klima stören. Und diesmal bitten wir einfach genug.» Oder wie die Nouvelle Revue de Lausanne nach geschlagener Schlacht für Ruhe und Ordnung kommentierte: «Die Legalität wurde erhalten. Der Faschismus ist nicht durchgekommen.»

«In das die richtige Antwort», liess das Journal de Genève, welches lange Zeit als Gesinnungsschwacher der NZZ galt und heute zum Schluss kommt: «Es gibt Situationen, in denen sich Kraftproben nicht ausschliessen.» Im Feuille d'avis de Lausanne, das wie die meisten weissen Blätter das Vorgehen der Manifestanten stark kritisiert, fragt sich der Chefredaktor dennoch angesichts der grossen Manöver, ob die Polizeikräfte nicht das Gewicht der Agitatoren überschätzt haben. Das Journal de Genève:

«Wenn dieses kindische Ultimatum linksich war, muss man zugeben, dass die offizielle Reaktion ebenso linksich war und sich schlecht hinter dem Breterverbot der Rechtsstaatlichkeit verbarg... Diese Männer in Uniform, mit ihren Schutzhelmen, Gasmasken, Wasserwerfern, provozieren nicht sie gerade jene Gewalt, die sie im Zaum halten sollten?»

«Wir wollen beweisen, dass wir nicht so sind, wie uns die Municipalité und die Presse plump darstellen, verkünden indessen die CAC-Leute in einem Flugblatt und rufen auf zu einer friedlichen Versammlung im Park von Monbesson im Stadtzentrum, wo sie mit der Bevölkerung diskutieren und mit selbstproduzierten Filmen, Marionettentheater und Liedern ein Beispiel ihrer Vorstellung von einer «entkommerzialisierteren Freizeitbeschäftigung» geben wollen.

Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, seid mutig, habt Mut zum Kämpfen, fürchtet keine Schwierigkeiten, stürmt Welle auf Welle vorwärts, und die ganze Welt wird den Völkern gehören. Alle finsternen Mächte werden restlos vernichtet werden.

Mao Tse Tung

WAD GENÄHRT

Kommune Utikon

Die Zürcherische Arbeitserziehungsanstalt Utikon ist (noch) keine Kommune, sondern als Zwangs-Anpassungslager im Sinne der Kapitalinteressen gedacht. Letztlich erfüllt aber diese Anstalt, streng kapitalistisch gesehen, nicht einmal die primitivsten Anforderungen, die von unserem Ausbeutungs-System gestellt werden, nämlich die Re-Integration ins Lager der Ausbeuteten. Zwar werden die "Zöglinge" zur Arbeit angehalten, und das recht massiv, denn die Utikon'schen Abstumpf-Pädagogen bleiben in dieser Hinsicht nichts schuldig: In Utikon geschieht Erziehung mittels einer in ihrem Ausmass einzig dastehenden Arbeitsschinderei, "die ihren Ruf bis weit über die Landesgrenzen genießt" (Arthur Bachmann, Justizdirektor).

Andere Beziehungen als die zur Arbeit kennen die "Zöglinge" indessen nicht. Sogar Kollegialität oder Freundschaft, das natürliche Bedürfnis des Zusammenhaltens erscheint den erwiesenermassen hochgradig verirrten (Erzieher-) Psychopathen als abträglich für ihre "Erziehungsarbeit"; kein Wunder also, wenn der Utikon-Erfolg der ist, dass der überwiegende Grossteil der "Zöglinge" nach ihrer Entlassung endgültig ins Räderwerk der Justiz eingetrimmt, "eingedropt" sind.

Utikon, das "Drop In" für den Strafvollzug, das "Drop Out" der Gesellschaft. Diese Tatsachen haben die ARB seinerzeit schon dazu bewegt, die Genossen in Utikon zu besuchen - 200 Mann und Frau stark -, sich mit ihnen zu solidarisieren und die "Zöglinge" als Republikaner zu erklären und anzuerkennen. Das "Einfahren" hat gewirkt bei unseren Republikanern in Utikon, nachhaltig. Eine Diskussion ist unter ihnen in Gang gekommen, die mittlerweile bereits in die höhere Stufe der selbstorganisierten Militanz, der kollektiven Streiks eingewendet hat. Wir unterhalten regen (Schwarzpost-) Kontakt, aber leider nur mit den Fähigsten unter ihnen.

(fähig heisst in der Situation des "Zöglings": die technischen Anforderungen der Geheim-Kommunikation beherrschen, Zuverlässigkeit, den täglichen Repressalien des Anstaltslebens widerstehen zu können, andere "Zöglinge" gescheit zu agitieren).

Wir wollen alle Republikaner in unsere Kommunikation einbeziehen. Die ARB setzt dem Erziehungs-terror ein Ende! Wir akzeptieren keine schein-demokratischen Spielregeln, die einerseits Zwangsaufenthalte junger Genossen in Krepier-Anstalten rechtfertigen und andererseits uns daran hindern, wirkliche Sozialarbeit zu leisten, (oder zumindest angebaute Zuchthaus-Karrieren aufzuhalten). Wir akzeptieren nicht die "Demokratie", die die Ausbeuter meinen, wir gehen nur auf die Demokratie ein, auf die das gesamte Proletariat seinen Anspruch erhebt.

Die Zöglingsgewerkschaft des FREEDOM CLUB ist die Organisation aller "Zöglings", aller "Zöglings"-Kandidaten und aller Ehemaligen. Sie wird sich spezifisch für die Probleme aller Heim- und Anstalts-"Zöglings" einsetzen und die Bildung von Agitationsgruppen in den Heimen und Anstalten resolut voranzutreiben. Der FREEDOM CLUB versteht sich als eine kämpferische Gewerkschaft, die überall dort, wo Willkür, Dummheit und Brutalität Barrieren zu setzen versucht, mit der angemessenen Militanz vorzugehen weiss.

Utikon ist unser Modellfall. In Utikon werden wir sehr bald aktiv arbeiten. Republikaner, meldet Euch für Flugblatt-Aktionen. Wir sind genau den Genossen, die auf verruchteste Art missbraucht werden, noch einiges schuldig.

Melde Dich an FREEDOM CLUB, Postfach 8323, 8023 Zeh.

Und dann filzen bis auf's Arschloch und ab in die Isolierzelle!



HIER DRIN IST NICHTS DRIN

Wir haben nichts zu verlieren als unsere Zelle!

Revolution bis zum Sieg!



FÜR DEN GANZEN TAG MOLOCHEN! IHR SAUVE!!

VOLLER LOHN AUCH IM KNAST

Wie sieht es hinter den Mauern einer Winde aus

Warum kommen so viele Jugendliche in eine Winde? Wenn wir uns genau überlegen, finden wir die Schuld selten beiden Jugendlichen. Den bei diesen stimmt innerlich etwas nicht und dann trotzdem sie und stellen etwas "dummes" an. Sie lassen in der Schule, in der Lehre und am Arbeitsplatz nach. Und so etwas genügt schon, um einen jungen Menschen, 4, 5 oder mehr Jahre in eine Winde zu stecken.

Einlieferung und Tagesablauf einer Winde:
Die Einlieferung muss schon Pünktlich sein. Der Heimleiter setzt das schöne Gesicht auf, (denn er hat sehr viele Gesichter!) Zuerst erzählt er, wie schön es indessenheims ist, was der Zögling zu tun hat, dann wird das Heim gezeigt, und dann müssen die Eltern oder der Vürsorger wieder gehen. Erst jetzt wird der "ZÖGLING" erfahren was er zu tun, und was er ja nicht tun darf. Er bekommt eine Leibwache. Je nach dem was er "verbrochen" hat für 2-3 Wochen, oder sogar noch länger. Die Wache muss schauen, dass der Zögling nur das macht was in der Hausordnung steht. Und schon ist man wieder unter dem Hammer, man hat zu gehorchen und pünktlich zu sein. Man darf nicht sagen was man will. Was der Erzieher sagt oder befiehlt ist richtig und muss befolgt werden. Wenn man doch seine Meinung sagt, kommt man vor den Direktor und bekommt eine Strafe. Die häufigsten Strafen sind:



Tageslauf
5.45 Uhr wecken. Waschen und anziehen. 5.15-6.45 Morgenessen. Nach dem Morgenessen muss man das Bett machen. Das Geschirr abwaschen ist auch eine der vielen Strafen, für solche die am abend, statt schlafen, schwitzen. Die anderen dürfen in den Aufenthaltsraum. Um 800 Uhr muss man in die Schule oder eine der auferzwungenen Arbeiten vollbringen. 11.30 Uhr ist Mittagepause. 11.45-12.30 Mittagessen. 12.30 Uhr-13.30 Uhr darf man in den Aufenthaltsraum etwas lesen oder diskutieren. Wobei zuerst überlegt werden muss was man sagt, denn jedes Wort dass den Erziehern nicht passt, kann zu einer der berühmten Strafen führen. und das wundert man sich noch dass diese armen Kerle so zugeknöpft werden.

HAUSORDNUNG

1. Jeder Zögling hat den Erziehern zu gehorchen!
2. Nie mit Schuhen im Haus herumlaufen. (dazu sind Hausschuheda)
3. Tagesspaziergang für jeden obligatorisch.
4. 3x pro Woche duschen. (19¹⁵-20⁰⁰)
5. Jeder einzelne muss für Sauberkeit und Ordnung schauen.
6. Bei jedem Gang in die Kirche dabei sein. (3-4x pro Woche)
7. Nur Bücher lesen, die vorher von einem Erzieher gelesen worden sind.
8. Pünktlich zum Essen erscheinen (da man sonst nichts mehr bekommt.)
9. Jeder Brief den man vortschicken will muss man einem Erzieher zeigen bevor man ihn zu klebt.
10. Jeden Erzieher bei Begegnung höflich Grüßen.

Auch der Zögling hat gemerkt, dass da was nicht stimmt. Und lässt sich das nicht mehr gefallen.
ZÖGLINGE macht weiter schliesst euch zusammen. Unternehmt etwas gegen den Direktor und die Erzieher. Informiert euch von aussen, denn ihr gehört zu uns, zu der ARBEITERJUGEND!

people's park

Venedigstrasse



people's park:

Venedigstrasse:
31. März 71 ...



Am 30. April 1969 folgten Bürger von Berkeley (Kalifornien) dem Aufruf der Studentenzeitung **BERKELEY BARB**, einen Schuttbladeplatz nahe der Universität, in einen Park zu verwandeln. Unter Druck der Studentenschaft hatten Stadtbehörden und Universitätsleitung zwar während Monaten auf die Notwendigkeit einer Nutzung des Areals hingewiesen aber immer wieder betont, dass zuerst der Boden auf seine Beschaffenheit hin untersucht werden müsse und dafür kein Geld vorhanden sei. Schliesslich nahmen



sich Bürger aller Altersschichten des ungenutzten öffentlichen Landes an, bepflanzten es und nannten es "people's park", ein Park für alle. Niemand hatte sich um die Bodenbeschaffenheit und um Geld gekümmert: Das Material wurde von all' jenen gestiftet, die den Park unterstützten; Pflanzen und Bäume wurden einfach angepflanzt und sie wuchsen.

... 1. Juni 71

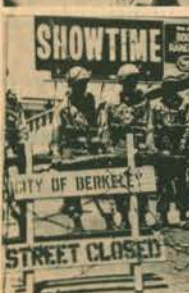
Am 15. Mai erschienen die pigs, zerstörten den Park und errichteten für tausende von Franken einen Eisenzaun um das Gelände. Aufgebrachte Bürger aus ganz Berkeley solidarisierten sich nun mit jenen, die den Park errichtet hatten: Der Zaun wurde eingerissen und das Gebiet besetzt bis Kaliforniens Gouverneur, Faschist Reagan, die Nationalgarde und 3 Infanteriebataillone aufbot, um den Park endgültig zu vernichten. 30'000 Demonstranten wurden mit Tränengas und scharfer Munition beschossen, Hunderte wurden verletzt und alle Zufahrtstrassen zum Park abgesperrt. Heute umgibt ein streng bewachter Zaun wieder einen Schuttbladeplatz. "Der Park starb, die Idee aber lebt weiter", war die Antwort des **BERKELEY BARB** auf die brutalen Repressionen von pigs und Behörden.



In der Schweiz haben wir die Willkür unserer Behörden nicht nur am Fall Venedigstrasse gespürt; gerade aber die Venedigstrasse dieser Tage ruft Berkeley wieder in Erinnerung. Wo einst Wohnhäuser standen, liegt heute mitten in unserer Neon-Stadt ein Trümmerhaufen und dies, obwohl es dem Stadtrat nicht gelang, seine Handlangerdienste an den Trägern des Kapitals auszuführen. Eine weitere Wohnfläche soll aus dem Stadtzentrum verschwinden und an Spekulanten verschachert werden. Zwar ist die Strasse noch immer öffentlich, aber für die delikate Zerstörung der Venedigstrasse wurde auf Grund einer Sonderbewilligung die Strasse abgesperrt und das Areal mit Palisaden umgeben, damit niemand sehen soll, was dahinter seit Vertreibung der Mieter geschehen ist.



Wir haben aber nicht nur dahinter sondern auch hinter den s.g. Umweltschutz gesehen: Wo Industrien und Behörden den Bürgern Umweltschutz eingebrockt haben, wird von offizieller Seite für Angst gesorgt. Dem kleinen Mann soll einsichtig gemacht werden, dass Gewässer und Luft stinken, weil er zu viele Zigaretten auf die Strasse wirft. Dass wir aber vor uns selbst keine Angst haben müssen, wissen wir schon lange. Auch die wahren Verursacher des Umweltschutzes müssen nicht gefürchtet sondern entlarvt und bekämpft werden. Banken und Büropaläste müssen verschwinden, wenn wir nicht im Plastic und Beton der Herrschenden verrecken wollen. Auch wir haben gemerkt, dass diese Stadt mehr Leben braucht ...



Alle Macht dem Volk !

LET A THOUSAND PARKS BLOOM

MIETERKAMPF AN DER BREMGARTENSTR.

An der Bremgartnerstrasse/Zentralstrasse schlossen sich die Mieter zu einem Bewohnerverein zusammen, als sie einsahen, dass sie einzeln niemals genug Durchschlagskraft haben würden, um ihre lebensnotwendige Forderung nach einer Ersatzwohnung durchzusetzen. Sie beschlossen, gemeinsam um ihre Wohnungen zu kämpfen. Sie organisierten zusammen mit der Basisgruppe Architektur und der Autonomen Republik Bunker ein Teach-In und gelangten mit einem offenen Brief an die Stadträtin Lieberherr und an die Öffentlichkeit. Wir forderten Ersatzwohnungen, die folgende Bedingungen erfüllen sollten:

- menschenswürdige Wohnungen, die wir bezahlen können.
- Wohnungen aus denen wir nicht kurzfristig wieder hinausgeworfen werden
- Wohnungen, die nicht zu weit vom Arbeitsplatz entfernt sind."

Die geforderten Wohnbedingungen sind also keineswegs übertrieben oder unerfüllbar. Sie sollten selbstverständlich sein und sind unerlässlich, wenn Mieter wie an der Bremgartnerstrasse z.T. Schicht arbeiten oder bei einer Ganztagsarbeit Fr. 800.- verdienen. Es ist unzumutbar für Mieter, die einer geregelten Arbeit nachgehen, alle Monate einmal mit dem ganzen Hausrat umzuziehen, selbst wenn der Umzug bezahlt wird.

Die Behörden jedoch reagierten wie immer bei Aktionen, wo sich Menschen mit gleichen Problemen zusammenschließen, sich solidarisieren und organisieren. Sie reagierten wie wir es schon von der Venedigstrasse her kennen. Zunächst einmal wurde es ihnen ein bisschen ungemütlich. Sie gaben die üblichen Erklärungen ab, dass sie leider nichts tun könnten, dass ihnen die bestehende Rechtsordnung nicht erlaube, zugunsten der Betroffenen einzugreifen und "Warnen" im Übrigen die Mieter davor, sich zuorganisieren.

Wir liessen uns jedoch nicht beirren und die Mieter bestanden nach wie vor auf den Forderungen. Da begannen die Behörden das alte Spiel, das auch wir kennen. Zuerst waren sie abwesend, dann für dieses spezielle Problem nicht zuständig und schliesslich als wir uns so nicht abwimmeln liessen, versuchten sie alles um die Aktion zu vereinzeln und die Mieter zu spalten.



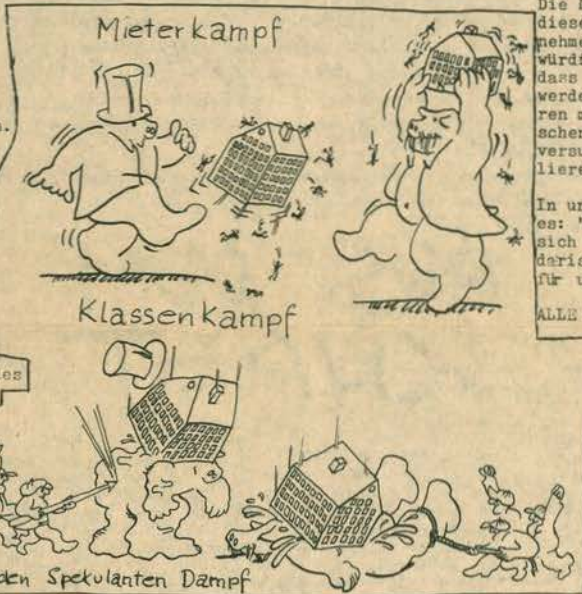
Auf den Notwohnungsamt wurde einer über siebzehnjährigen Frau vorgeschlagen, sie könne ja mit ihrem Hund im Obdachlosenbunker übernachten. Die Behörden und Hauseigentümer veruchten die Mieter, jeden einzeln, einzuschüchtern, machten Angebote, die unannehmbar waren, weil sie entweder zu teuer oder zu weit weg oder beides waren. Sie boten Wohnungen an, die bereits einen Monat später abgebrochen werden sollten. Sie schreckten nicht davor zurück, den Mietern in dieser Situation Ausweisungsbefehle zukommen zu lassen; sie sollten die Räumlichkeiten unverzüglich verlassen "unter Androhung von Zwangsvollzug und Ordnungsbusse." Der Hausverwalter warf Besucher eigenhändig, tödlich aus dem Haus und rannte tagelang mit einem Eisenstab umher, sodass es unmöglich war, die Mieter in ihren eigenen Wohnungen zu besuchen.

Aber die Rechnung ging nicht auf. Dieses Verhalten der Behörden und Hauseigentümer hatte lediglich zur Folge, dass sich die sieben betroffenen Mieter radikalisierten und noch enger zusammenschlossen. Durch die Solidarität und Beharrlichkeit aller Kämpfenden ist es gelungen, wenigstens notdürftige Ersatzwohnungen zu erzwingen, wenn auch unsere Forderungen zum grossen Teil nicht erfüllt wurden.

Die Mieter an der Bremgartnerstrasse haben durch diese Aktion begriffen, dass sie den Kampf aufnehmen müssen, dass sie ein Recht auf menschenwürdige Lebensbedingungen haben; wir alle wissen, dass einzeln diese Forderung nicht durchgesetzt werden können und dass wir uns daher organisieren müssen. Wir wissen auch, dass die Herrschenden und mit ihnen der Staat zwar immer wieder versuchen werden, uns zu vereinzeln und zu isolieren, dass wir dies aber überwinden müssen.

In unserem gemeinsam verfassten Flugblatt heisst es: "Deshalb fordern wir weitere Mieter auf, sich zusammenzuschliessen sich mit uns zu solidarisieren und gemeinsam mit uns selbst auch für unsere Forderungen zu kämpfen."

ALLE MACHT DEM VOLK!



★ Basisgruppe Architektur
Postfach 121
8033 Zürich

21. Mai 1971
Hofstr. Nr. 16



BEZIRKSGERICHT ZÜRICH

AUSEZUG

aus dem Protokoll des Einzelrichters im summarischen Verfahren

Vizepräsident i.V. OS Dr. Cochand

vom 18. Mai 1971

betreffend privatrechtlichen Befehl

Auf das Verlangen des Hauseigentümers

verurteilt durch

die Mieter

sich weigern, die Räumlichkeiten im Hause Bremgartnerstrasse 31, Zürich 3, zu verlassen, obschon das Mietverhältnis gemäss Abrechnungsbeschluss des Mietantes der Stadt Zürich vom 12. Mai 1970 aufgelöst sei,

w i r d,

nach Einsicht in den erwähnten Abrechnungsbeschluss

verfügt:

1. Die Beklagten sind unter Androhung von Zwangsvollzug und Ordnungsbusse befristet unverzüglich die Räumlichkeiten im Hause Bremgartnerstrasse 31 in Zürich 3 zu verlassen.

